

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Innere Verwaltung - Abteilung Gemeinden

IVW3-LG-1244001/072-2018

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bezug

BearbeiterIn

Mag. Johannes Landsteiner

(0 27 42) 9005

Durchwahl

12578

Datum

04. Dezember 2018

Betrifft

Entwurf einer Änderung der NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 (GBGO-Novelle 2018), Regierungsvorlage

HOHER LANDTAG!

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 05.12.2018

Ltg.-483/G-3-2018

Ko-Ausschuss

Zum Gesetzesentwurf wird berichtet:

Allgemeiner Teil:

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf sollen die Ergebnisse der Besoldungsverhandlungen auf Bundesebene vom 20. November 2018 mit Wirkung vom 1. Jänner 2019 umgesetzt werden.

Kompetenzlage:

Als kompetenzrechtliche Grundlage für den Entwurf dient Art. 21 B-VG.

Auswirkungen auf das Klimabündnis

Die beabsichtigten Änderungen haben keinerlei Auswirkungen auf die Erreichung der im Klimabündnis vorgesehenen Ziele.

Informationsverpflichtung gemäß Art. 21 Abs. 4 letzter Satz B-VG:

Der verfassungsrechtlich vorgesehenen Informationsverpflichtung soll nach Beschlussfassung durch die NÖ Landesregierung Rechnung getragen werden.

Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind von dem geplanten Gesetz insofern betroffen, als sie als Dienstgeber die Bezugserhöhungen ihrer Bediensteten zu tragen haben.

Bei den Mehrkosten für die Gemeinden und Gemeindeverbände wird von folgenden Zahlen auszugehen sein:

a) Erhöhung des Monatsentgelts:

Für die Gemeindebeamten wird die vorgesehene Erhöhung des Gehalts im Jahre 2019 Mehrkosten im Ausmaß von ca. **€900.000,-** verursachen.

b) Erhöhung der Nebengebühren:

geschätzte Mehrkosten im Jahr 2019: rund **€50.000,-**

c) Gesamtkosten

Durch den vorliegenden Gesetzesentwurf wird somit mit Gesamtkosten von rund **€950.000,-** für die Gemeinden und Gemeindeverbände zu rechnen sein.

Zu Z. 1 bis 7 (§ 5 Abs. 2 lit. a und b, § 18 Abs. 2, § 21, § 24a, § 25 Abs. 3 und § 28

Abs. 3):

Die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften der öffentlichen Dienste über die Gehaltsregelung für 2019 am 20. November 2018 brachten folgendes Ergebnis:

„Ab 1. Jänner 2019 werden (bei einer Laufzeit bis 31. Dezember 2019) die Gehälter der Beamtinnen und Beamten des Dienststandes (soweit sie nicht gemäß § 17 PTSG zugewiesen sind), die Monatsentgelte der Vertragsbediensteten und der Bediensteten mit Sondervertrag in dem keine andere Art der Valorisierung vorgesehen ist, um 2,33 % und danach um 19,50 Euro (Staffel) erhöht.

Die Zulagen und Vergütungen, die im Gesetz in Eurobeträgen ausgedrückt sind, mit Ausnahme des Kinderzuschusses, sowie die Überleitungsbeträge werden ab 1. Jänner 2019 um 2,76 % erhöht.“

Die Erhöhung der Gehälter und Zulagen für Gemeindebeamte soll unter Anwendung des Verhandlungsergebnisses für Bundesbedienstete und gleichzeitiger Aufrechterhaltung der einheitlichen Vorrückungsbeträge vorgenommen werden.

Erhöhung der Bezüge des allgemeinen Schemas (Z. 1) und der Funktionsgruppen (Z. 3):

Bei Umsetzung des Ergebnisses der Besoldungsverhandlungen sollen mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf die Gehälter der Gemeindebeamten des allgemeinen Schemas unter Aufrechterhaltung des seit 1. Jänner 1998 bestehenden Grundsatzes einheitlicher Vorrückungsbeträge innerhalb einer Verwendungsgruppe angehoben werden.

Die seinerzeitige Vereinbarung der Sozialpartner auf Gemeindeebene über die künftige Beibehaltung einheitlicher Vorrückungsbeträge innerhalb einer Verwendungsgruppe erfordert, dass nach der prozentuellen Erhöhung der Gehälter der durchschnittliche Vorrückungsbetrag ermittelt wird. Dieser Vorrückungsbetrag wird jeweils der erhöhten ersten Gehaltsstufe in Folge bis zur letzten Gehaltsstufe hinzugerechnet.

Um nachteilige Auswirkungen für die Gemeindebeamten durch die Abrundung des erhöhten Durchschnittsvorrückungsbetrages zu verhindern, war es in den Verwendungsgruppen I, IV, VI und VII sowie in den Funktionsgruppen XII und XIII erforderlich, den Vorrückungsbetrag nicht dem erhöhten Gehalt der ersten Gehaltsstufe hinzuzurechnen, sondern von dem erhöhten Gehalt der letzten Gehaltsstufe in Folge bis zum Erreichen der ersten Gehaltsstufe abzuziehen.

Erhöhung der Nebengebühren:

Durch die im § 42 Abs. 4 GBDO, LGBl. 2400, vorgesehene Erhöhungsautomatik für Nebengebühren werden die Nebengebühren in dem Ausmaß erhöht, um das sich der Gehalt der Verwendungsgruppe VI, Gehaltsstufe 9 ändert.

Erhöhung der Bezüge des Schemas für Sanitätsberufe (Z. 2) und der Funktionszulage (Z. 4):

Die Bezüge im Schema für Sanitätsberufe (MT1, MT2, S1 und S2) und die Funktionszulage sollen entsprechend dem Ergebnis der Besoldungsverhandlungen um 2,33 % und danach um € 19,5 erhöht werden.

Erhöhung der Bezüge des Gemeindegewachdienstes (Z. 5) und der Funktionszulagen (Z. 6):

Die Bezüge im Schema des Gemeindegewachdienstes (E1, E2a und E2b) sowie die Funktionszulagen sollen entsprechend dem Ergebnis der Besoldungsverhandlungen um 2,33 % und danach um € 19,5 erhöht werden.

Erhöhung der Bezüge des Schemas für Musikschullehrer (Z. 7):

Die Bezüge des Schemas für Musikschullehrer (L1, L2a2, L2a1, L2b1 und L3) sollen entsprechend dem Ergebnis der Besoldungsverhandlungen um 2,33 % und danach um € 19,5 erhöht werden.

Zu Z. 8 (§ 33):

Entsprechend dem Ergebnis der Besoldungsverhandlungen sollen die Erhöhungen der Gehälter und Zulagen mit 1. Jänner 2019 in Kraft gesetzt werden.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich daher, den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle die beiliegende Vorlage der NÖ Landesregierung über den Entwurf einer Änderung der NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen und einen entsprechenden Gesetzesbeschluss fassen.

NÖ Landesregierung
S c h n a b l
Landeshauptfrau-Stellvertreter

NÖ Landesregierung
Dipl.-Ing. S c h l e r i t z k o
Landesrat